

## Informationszentrum Asyl und Migration

# Briefing Notes

18. Februar 2013

### Afghanistan

#### Sicherheitslage

Am 13.03.13 starben zehn Zivilisten (hauptsächlich Frauen und Kinder) bei einem Luftangriff der NATO auf das Dorf Chawgam (Distrikt Shigal) in der ostafghanischen Provinz Kunar. Fünf weitere Zivilisten wurden verletzt. Der Angriff diente der Vorbereitung eines Bodenangriffs auf ein von den Taliban kontrolliertes Tal. Als Reaktion auf den Angriff will Afghanistan künftig auf weitere Unterstützung der internationalen Truppen aus der Luft in Wohngebieten verzichten. Laut Präsident Karsai gelte eine entsprechende Verordnung ab 17.02.13.

Die USA wollen bis zum Februar 2014 mehr als die Hälfte ihrer Truppen aus Afghanistan abziehen. Derzeit sind noch 66.000 US-Soldaten stationiert.

### Pakistan

#### Provinz Belutschistan: Über 80 Tote und 169 Verletzte bei Bombenanschlag

Am 15.02.13 explodierte eine Bombe in der Kirani Road nahe eines Marktes im Stadtviertel Hazara Town in Quetta, welches von der Minderheit der schiitischen Hazara bewohnt wird. Es wurden nach ersten Meldungen zwischen 80 und 87 Menschen getötet und zwischen 169 und 200 verletzt. Die verbotene islamistische sunnitische Terrororganisation Lashkar-e-Jhangvi bekannte sich zu dem Anschlag. Die Sicherheitskräfte und Rettungsdienste wurden von einer wütenden Menschenmenge mit Steinen und Schüssen zunächst davon abgehalten, den Tatort zu betreten. Seitens der Sicherheitskräfte wird vermutet, dass es sich um einen Selbstmordanschlag gehandelt hat. Die trauernde Gemeinde der Hazara hat angekündigt, dass sie ihre Toten nicht beerdigen wird, und gibt der Regierung 48 Stunden Zeit, die Täter dingfest zu machen. Ferner fordert sie, dass die Armee die Aufgabe der Sicherheitskräfte in der Provinz übernimmt. Bereits am 10.01.13 gab es in Quetta einen Anschlag auf die schiitischen Hazara mit 102 Toten und über 100 Verletzten.

#### Khyber-Pakhtunkhwa-Provinz: Tote und Verletzte bei mehreren Anschlägen

Am 18.02.13 wurden bei einem Angriff auf das Büro des politischen Agenten (Verwaltungschef und Vertreter des Staatspräsidenten und des Gouverneurs der Khyber-Pakhtunkhwa-Provinz im Stammesgebiet der FATA) in der Bara Road in Peshawar vier Menschen getötet und sieben verletzt. Es fand gerade eine vom politischen Agenten veranstaltete Jirga (Stammesältestenversammlung) statt, als zwei Männer die Örtlichkeit betraten. Einer zündete einen Sprengsatz, während der andere das Feuer eröffnete.

Am 14.02.13 wurden bei verschiedenen Attentaten in der Khyber-Pakhtunkhwa-Provinz 21 Menschen getötet und über 20 verletzt.

Im Distrikt Hangu rammte ein Selbstmordattentäter mit einem mit Sprengstoff beladenen Fahrzeug einen Polizeiposten im Gebiet Kurram-Pul. Elf Menschen, darunter auch Angehörige der Sicherheitskräfte, kamen ums Leben und über 23 wurden verletzt.

Bei einem Angriff von fünf Selbstmordattentätern auf die Polizeistation Miryan, Noorah, im Distrikt Bannu fanden diese und ein Zivilist den Tod. Die pakistanischen Taliban übernahmen hierfür die Verantwortung.

Vier Stammesangehörige wurden durch eine Bombe am Straßenrand im Gebiet Hassanzai Dara der FATA-Agentur Orakzai getötet und über 20 verletzt, als sie mit zwei Fahrzeugen die Stelle passierten. Die Opfer gehörten den Stämmen Malakdin Khel und Zahkhakhel an.

## **Irak**

### **Sicherheitslage**

Am 11.02.13 wurden bei Angriffen in Mosul mindestens 13 Menschen getötet, weitere 18 Menschen wurden verletzt.

Am 16.02.13 wurden bei mehreren Bombenanschlägen mindestens zehn Menschen getötet. Betroffen waren insbesondere Tal Afar (Provinz Ninive), Mosul (Provinz Ninive) und Tuz Khurmato (Provinz Salahaddin).

Am 17.02.13 wurden bei Autobombenanschlägen in überwiegend von Schiiten bewohnten Stadtteilen von Bagdad mindestens 26 Menschen getötet. Laut Pressemeldung vom 18.02.13 bekannte sich al-Qaida in Irak (Islamischer Staat Irak) zu den Anschlägen.

### **Irakische Sicherheitskräfte sperren Zufahrtsstraßen nach Bagdad**

Am 15.02.13 haben die irakischen Sicherheitskräfte die Zufahrtsstraßen nach Bagdad blockiert, um Massenproteste von Sunniten in Bagdad zu verhindern. Demonstranten versammelten sich in den Städten Samarra, Falludscha, Mosul und Kirkuk sowie in Al-Adhamiya, einem Vorort von Bagdad. Seit Dezember 2012 kommt es zu Demonstrationen.

## **Syrien**

### **Anhaltende Kämpfe/Gefechte auch auf den Golanhöhen**

Die Kämpfe in Syrien gehen weiter. Nach schweren Gefechten zwischen Regierungstruppen und Aufständischen, die die Flucht von ca. 40.000 Personen aus der ostsyrischen Stadt al-Shaddade nach Hasaka, der Hauptstadt der Provinz, auslösten, nahmen die Rebellen die Stadt am 14.02.13 ein. Bei den dreitägigen Kämpfen wurden mindestens 100 Soldaten und 30 Kämpfer der islamistischen al-Nusra-Front getötet.

Syrische Regierungstruppen und Aufständische lieferten sich am 16.02.13 auch heftige Gefechte auf den Golanhöhen. Rebellen sollen eine Absperrung der Militärpolizei in Chan Arnabeh in der Nähe der von der UN überwachten Waffenstillstandslinie angegriffen haben, worauf die syrische Armee den Ort und das benachbarte Dorf Dschubata al-Chaschab beschossen habe.

Seit dem Beginn der Unruhen in Syrien vor zwei Jahren gab es auf den im Sechstagekrieg 1967 von Israel eroberten Golanhöhen (ein Jahr nach dem Ende des Jom-Kippur-Krieges von 1973 wurde die Einrichtung einer Pufferzone unter UN-Kontrolle vereinbart) vereinzelte Zwischenfälle, bei denen syrische Granaten auf israelischem Gebiet einschlugen und das israelische Militär zurückschoss. Fünf syrische Verletzte werden momentan in israelischen Krankenhäusern behandelt. Syrien und Israel befinden sich offiziell im Kriegszustand.

### **UN-Kommissarin fordert Eingreifen der internationalen Gemeinschaft**

UN-Menschenrechtskommissarin Navi Pillay forderte am 16.02.13 ein „sofortiges Handeln“ der internationalen Staatengemeinschaft, wobei es mehrere Optionen gebe, neben einer Militärintervention und der Entsendung von Friedenstruppen auch die Einschaltung des Internationalen Strafgerichtshofs. Es gebe Beweise für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch Präsident Assad.

### **Brahimi fordert innersyrischen Dialog**

Der internationale Sondergesandte für Syrien, Lakhdar Brahimi, begrüßte am 17.02.13 den Dialogvorschlag der Opposition und forderte die syrische Regierung zu Verhandlungen auf, die unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen stehen könnten.

### **Arabische Zeitung veröffentlicht Friedensplan für Syrien**

Die arabische Zeitung „al-Sharq al-Awsat“ veröffentlichte am 14.02.13 einen Friedensplan für Syrien, den in Syrien lebende Angehörige der „geduldeten Opposition“ und einige Vertreter des syrischen Regimes entwickelt haben sollen. Er sieht die Bildung eines Übergangsparlaments mit zwei Kammern unter Beteiligung des Vizepräsidenten Faruk al-Scharaa vor und könnte als Gesprächsgrundlage für konkrete Verhandlungen dienen. Die evtl. Zukunft des gegenwärtigen Präsidenten Bashar al-Assad wird in dem Plan nicht geregelt.

## **Entführungen**

Aus der nordsyrischen Provinz Idlib gibt es nach Angaben der oppositionellen Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte vom 16.02.13 Berichte über Entführungen. Mindestens 300 Personen, darunter viele sunnitische Frauen und Kinder, sollen von regimetreuen Milizen entführt worden sein. Es wird vermutet, dass es sich um einen Racheakt handelt für die Entführung von 42 schiitischen Muslimen am 14.02.13, auch überwiegend Frauen und Kinder, die mit einem Bus Richtung Damaskus unterwegs waren. Wer sie entführt haben soll, war unklar. Die UNO-Beauftragte für sexuelle Gewalt in Konflikten, Zainab Hawa Bangura aus Sierra Leone, rief zur Freilassung der Frauen auf. Sie gab an, Hinweise auf die Entführung und Vergewaltigung von Frauen und Mädchen durch Bewaffnete erhalten zu haben.

## **EU-Außenminister besprechen Waffenembargo gegen Syrien**

Die EU-Außenminister treffen sich heute, am 18.02.13, in Brüssel, um die Verlängerung des Waffenembargos der Europäischen Union gegen Syrien zu besprechen, das Ende Februar 2013 ausläuft. Großbritannien, Frankreich und Italien setzen sich für eine Lockerung des Embargos ein, um die syrische Opposition zu unterstützen, während die meisten EU-Regierungen das Embargo verlängern möchten.

## **Libanon**

### **Anschlag auf Hilfseinrichtung für syrische Flüchtlinge**

In Tripoli verübten Unbekannte am 17.02.13 einen Bombenanschlag auf eine Hilfseinrichtung für syrische Flüchtlinge, die für ihre ablehnende Haltung gegenüber dem syrischen Regime bekannt ist. Die Spannungen zwischen pro- und anti-syrischen Kräften im Libanon haben sich seit Beginn der Unruhen in Syrien im März 2011 verschärft. Der schiitischen libanesischen Hizbollah-Miliz, die die syrische Regierung unterstützt, wurde am 17.02.13 vom oppositionellen Syrischen Nationalrat vorgeworfen, sich militärisch in den Syrien-Konflikt einzumischen. Die Hizbollah soll syrische Dörfer in der Region Kusseir, nahe der libanesischen Grenze, angegriffen und Zivilisten getötet haben.

## **Iran**

### **Reporter ohne Grenzen: Gezielte Bedrohung von Journalisten vor Präsidentschaftswahl**

Vier Monate vor der Präsidentschaftswahl in Iran werden Journalisten nach Angaben von „Reporter ohne Grenzen“ (RoG) gezielt bedroht und eingeschüchtert. Iran sei mit insgesamt 62 inhaftierten Journalisten und Bloggern der weltgrößte Verfolgerstaat für Nachrichtenlieferanten. Allein in den vergangenen zwei Wochen seien 15 Journalisten festgenommen worden. RoG fordert nun die Vereinten Nationen dazu auf, die Vorfälle zu untersuchen.

## **Tunesien**

### **Demonstration für islamische Regierungspartei und weitere Verhandlungen**

Mit einer als „Marsch der Millionen“ angekündigten Demonstration haben am 16.02.13 mehr als 15.000 Menschen für die islamische Ennahdha-Partei demonstriert. Aus dem ganzen Land wurden sie in Bussen nach Tunis gebracht, um der Partei ihre Unterstützung zu zeigen. Sie skandierten Parolen gegen Medien, Opposition und die ehemalige Kolonialmacht Frankreich. Zu der Demonstration hatte die führende Regierungspartei Ennahdha selbst aufgerufen. Im Streit um eine Kabinettsumbildung wehrt sich die Spitze von Ennahdha gegen die Schaffung eines Expertenkabinetts, wie es der als gemäßigt geltende Premierminister Hamadi Jebali, selbst Ennahdha-Mitglied, vergangene Woche gefordert hatte. Gleichzeitig drohte Jebali seinen Rücktritt an, falls seine Vorstellungen nicht umgesetzt würden. Die wichtigsten Oppositionsparteien sowie Arbeitgeber und Gewerkschaften unterstützen bisher Jebalis Vorschlag. Nach Gesprächen am 15.02.13 hob er sein bis Samstag gesetztes Ultimatum für eine Einigung auf, um weitere Verhandlungen mit den politischen Parteien zu ermöglichen.

## **Kosovo**

### **Fünfter Jahrestag der Unabhängigkeit**

Fünf Jahre nach seiner Unabhängigkeit (17.02.08) hat Kosovo weiterhin mit enormen Problemen zu kämpfen. So ist die Statusfrage noch immer umstritten. Nur 99 von 193 UN-Staaten haben Kosovo anerkannt. Neben Serbien, Russland und China verweigern auch die EU-Mitglieder Spanien, Griechenland, Zypern, Rumänien und Slowakei die Anerkennung.

Nach wie vor haben internationale Missionen den Auftrag, die Sicherheit (KFOR) und den institutionellen Aufbau (EULEX) des Staates zu unterstützen. In den letzten Jahren konnte aber wegen der stark verbesserten Sicherheitslage die KFOR-Präsenz schrittweise auf derzeit ca. 5.500 Mann reduziert werden. Die Rechtsstaatsmission EULEX soll bis Juni 2014 beendet werden. Eine weitere Truppenreduzierung ist jedoch wegen des Eskalationspotentials in Nordkosovo derzeit nicht vorgesehen. Im überwiegend serbisch besiedelten Norden ist die Lage weiterhin fragil. Dort ist es der kosovarischen Regierung bislang nicht gelungen, effektive Hoheitsgewalt zu erlangen. Serbien unterhält hier eigene staatliche Institutionen (unter Vermittlung der EU soll am 20.02.13 über die Auflösung der serbischen Institutionen in Nordkosovo verhandelt werden).

Zudem hat das Land mit Defiziten im Rechtsstaatsbereich, mit Korruption und mit organisierter Kriminalität zu kämpfen. Sozial und wirtschaftlich gehört Kosovo zu den ärmsten Regionen Europas. Die Arbeitslosenquote liegt bei rund 45 %, in der Gruppe der 15- bis 25-Jährigen sind etwa 70 % erwerbslos. 30 % der Bevölkerung lebe unterhalb der Armutsgrenze.

### **Noch keine Visafreiheit absehbar**

Laut einem Bericht der EU-Kommission vom 12.02.13 zur Umsetzung vereinbarter Reformschritte im Hinblick auf eine Visafreiheit muss die kosovarische Regierung noch weitere Anstrengungen unternehmen. Nötig seien unter anderem noch neue Gesetze für die Zusammenarbeit von Behörden beim Grenzschutz und für die Bekämpfung des Menschenhandels. Zugleich wurde der Regierung bescheinigt, eine Reihe richtiger Maßnahmen ergriffen zu haben, beispielsweise beim Kampf gegen organisierte Kriminalität.

Kosovo ist das einzige Land des Westbalkans, das noch keine Visafreiheit hat.

## **Mali**

### **Truppen durchsuchen Gao nach versteckten Islamisten**

Nach den Selbstmordattentaten vom 08. und 09.02.13 an der Straße von Gao nach Bourem wurden zwei weitere Attentäter am 09.02.13 in Gao gefasst, bevor sie ihre Sprengladungen zur Explosion bringen konnten. Ein erneuter Selbstmordanschlag erfolgte am 11.02.13 an einem Checkpoint im Norden der Stadt.

Am 13.02.13 seien zahlreiche Häuser in mehreren Stadtteilen Gaos durch französische und malische Truppen durchsucht worden. Auch habe es bereits mehrere Festnahmen gegeben, berichtete ein Augenzeuge der Nachrichtenagentur dpa. Nachdem es zuvor zu schweren Kämpfen zwischen Streitkräften und Islamisten gekommen war, sei mittlerweile in der Stadt wieder Ruhe eingetreten, betonte Armeesprecher Modibo Traore.

### **Wahlen in Mali geplant**

In Mali soll am 07.07.13 ein neuer Staatspräsident und am 21.07.13 ein neues Parlament gewählt werden. Das gab der zuständige Minister für Inneres der malischen Übergangsregierung, Oberst Moussa Sinko Coulibaly, bekannt, wie die Nachrichtenagentur Mali Actualités berichtete.

## **Somalia**

### **Selbstmordanschläge in Galkayo und Mogadischu**

Am 11.02.13 tötete ein Selbstmordattentäter mindestens vier Menschen, als er sich mit einem Auto in der Stadt Galkayo in der Region Mudug in die Luft sprengte. Der Anschlag galt nach Ansicht von Beobachtern dem stellvertretenden Polizeikommandeur Puntlands. Die radikal-islamistische al-Shabaab soll die Verantwortung übernommen haben. Die Stadt Galkayo ist zweigeteilt. Der nördliche Teil gehört zu Puntland, einem autonomen Teilstaat im Nordosten Somalias, den südlichen kontrolliert die Regionalverwaltung „Galmudug“.

Bei einem Anschlag mit einer Autobombe auf ein Restaurant am belebten Lido von Mogadischu kamen am 16.02.13 mindestens zwei Menschen ums Leben, mehrere wurden verletzt. Das Büro des somalischen Premierministers machte unidentifizierte Terroristen für die Tat verantwortlich.

### **Al-Shabaab aus strategisch wichtigen Ortschaften vertrieben**

Einheiten der somalischen Streitkräfte und AMISOM gelang es am 14.02.13, die al-Shabaab aus den drei Kleinstädten Janalle, Aw Dhigle und Barire südwestlich von Mogadischu zu vertreiben und die Städte einzunehmen. Die Ortschaften liegen an der Hauptnachschrublinie der al-Shabaab, die den von den Islamisten kontrollierten Hafen von Baraawe mit ihrem Stützpunkt Burhakaba in Zentralsomalia verbindet.

### **Spannungen zwischen Staatspräsident und Premierminister?**

Nach einem Bericht einer somalischen Online-Zeitung vom 18.02.13 soll es zwischen Präsident Hassan Sheikh Mohamud und Premierminister Abdi Farah Shirdon zu Spannungen kommen. So gebe es Anzeichen dafür, dass der Präsident Einfluss auf die Regierungsarbeit nimmt. Dies soll bereits mehrere Minister zu Rücktrittsdrohungen veranlasst haben. Auch Meinungsverschiedenheiten über die Verwendung ausländischer Hilfsgelder und die Schaffung von föderalen Staaten werden als Anlass für einen Streit genannt.

## **Nigeria**

### **Sieben Ausländer in Nordnigeria entführt**

In einem der größten Entführungsfälle der letzten Jahre in Nigeria wurden am frühen Morgen des 17.02.13 sieben ausländische Mitarbeiter (vier Libanesen sowie jeweils ein Italiener, Grieche und Brite) der im Straßenbau tätigen libanesischen Baufirma Setraco entführt. Bewaffnete Unbekannte hatten deren Unterkünfte in einem Arbeiterlager der Firma in der nordnigerianischen Kleinstadt Jama'are, Bundesstaat Bauchi, zuvor angegriffen. Ein Wachmann wurde bei dem Überfall getötet.

Dem Überfall vorausgegangen waren in der Nacht zum 17.02.13 mehrere vergebliche Angriffe auf das örtliche Gefängnis sowie auf die Polizeistation, bei denen zwei Polizeifahrzeuge zerstört wurden.

## **Simbabwe**

### **Verfassungsreferendum und Wahlen angekündigt**

Der 88-jährige Staatspräsident Mugabe, der Simbabwe seit der Unabhängigkeit 1980 regiert, setzte am 15.02.13 als Termin für eine Volksabstimmung über eine neue Verfassung den 16.03.2013 fest. Der Verfassungsentwurf enthält wichtige neue Bestimmungen, u.a. eine Begrenzung der Amtszeit des Staatspräsidenten auf zwei jeweils 5-jährige Amtsperioden, die Aufhebung seiner Immunität sowie die Stärkung der Rechte des Parlaments. Im Juli 2013 sollen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen abgehalten werden. Die Annahme der neuen Verfassung gilt als sicher, da sich auf den Verfassungstext im Januar 2013 sowohl Präsident Mugabes Partei ZANU-PF („Afrikanische Nationalunion von Simbabwe - Patriotische Front“) als auch die Partei MDC von Premierminister Tsvangirais Partei MDC („Bewegung für Demokratischen Wandel“) geeinigt haben.

Tsvangirai war bei den letzten Präsidentschaftswahlen 2008 gegen Mugabe angetreten, hatte sich aber Ende Juni 2008 aus der Stichwahl zurückgezogen, nachdem seinen Angaben zufolge 300 seiner Anhänger getötet worden waren. Auf Druck von Staaten der Region einigten sich die Rivalen Mugabe und Tsvangirai im September 2008 auf eine Machtteilung, die für Tsvangirai den Posten des Regierungschefs in einer Einheitsregierung vorsah.

## **Uganda**

### **Homosexuellenfreundlicher Theatermacher aus Uganda ausgewiesen**

Der gebürtige Brite David Cecil, der in Uganda das erste Theaterstück mit homosexuellem Inhalt aufgeführt hat, wurde aus dem Land ausgewiesen. Cecil wurde im September 2012 verurteilt, weil er sich der ugandischen Medienbehörde widersetzt hat und sein Stück „The River and the Mountain“ ohne deren Genehmigung aufgeführt hat.

## **Kamerun**

### **Todesdrohungen gegen Menschenrechtsanwälte**

Human Rights Watch fordert Präsident Biya in einem Brief auf, unverzüglich etwas gegen die andauernden Todesdrohungen gegen zwei Menschenrechtsanwälte, Alice Nkom und Michel Togu , zu unternehmen, die Personen vertreten, die wegen angeblicher Homosexualität angeklagt sind.

## **China**

### **Mehr als 100 Selbstverbrennungen von Tibetern seit 2009**

Wie exiltibetische Quellen am 13.02.13 meldeten, ereignete sich am 03.02.13 in der Präfektur Ngaba (chin.: Aba) in der Provinz Sichuan erneut eine Selbstverbrennung. Die Zahl der seit 2009 bekannt gewordenen Fälle sei damit auf 100 gestiegen; laut der International Campaign for Tibet starben dabei mindestens 81 Tibeter. Eine weitere Selbstverbrennung in der Präfektur Kanhlo (chin.: Gannan) in der Provinz Gansu am 13.02.13 wurde am 14.02.13 bekannt. Auch aus Nepals Hauptstadt Kathmandu wurde am 13.02.13 die Selbstverbrennung eines Tibeters gemeldet.